

Sprecher\*innen:  
Dr. Clemens Friedrich,  
Stephanie Krauch,  
Svetlana Poljakova

An  
Andrea Nahles  
Bundesministerin für Arbeit und Soziales  
Abgeordnetenbüro Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

11.02.2017

***Offener Brief: Scheinselbständigkeit im Bereich Deutsch als Zweitsprache***

Sehr geehrte Frau Nahles,

in unserem Schreiben vom 12. Juli letzten Jahres haben wir Sie u.a. darauf hingewiesen, dass in dem Bereich Deutsch als Fremdsprache / Deutsch als Zweitsprache viele unserer Kolleg\*innen in als scheinselbständig einzustufenden Beschäftigungsverhältnissen tätig sind.

Leider haben wir von Ihnen bzw. Ihren Mitarbeitern weder auf dieses noch auf unser Folgeschreiben vom 14.11.2016 eine Antwort erhalten.

Die Entscheidung der DRV in Bezug auf das Goethe-Institut und die dort tätigen Honorarlehrkräfte hat jetzt noch einmal ein Schlaglicht auf den DaF-/DaZ-Bereich geworfen. Auch Ihr Ministerium wird sich nun verstärkt im Bereich der neuen Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung engagieren.

Sie planen neben und mit den Integrationskursen zur besseren beruflichen Integration eine „systematische, aufeinander aufbauende Sprachförderung“, was wir begrüßen. Gleichzeitig aber sehen wir mit Sorge, dass dies auf dem wackligen Fundament prekär oder scheinselbständig beschäftigter Fachleute aufgebaut wird. Zwar haben Sie, um das Schlimmste abzufedern, ein Mindesthonorar von 35 € vorgegeben. Auch steht in der „Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung“ der Hinweis, dass insbesondere die „Kontinuität des

Lehrpersonals“ gewährleistet sein solle. Natürlich dient Kontinuität dem Lernerfolg. Nur: Wird damit nicht auch gerade die Scheinselbständigkeit gefördert?

Deshalb fordern wir Sie noch einmal auf: Treffen Sie Sorge, dass die Integrationsarbeit auf soliden und vor allen Dingen *legalen* Strukturen aufbaut. Die meisten der hier Tätigen sind in die Betriebsabläufe eingebunden und an Weisungen gebunden. Ja, sie sollten es auch sein, damit ein „verzahntes“ Sprachfördersystem effektiv umgesetzt werden kann! - Aber bitte schön zu fairen, legalen Bedingungen: Bieten Sie den Dozent\*innen Arbeitsbedingungen, die denen von angestellten Lehrkräften an öffentlichen Schulen entsprechen - inklusive Ferienregelungen und sozialer Absicherung bzw. ein qualifikationsangemessenes Honorar, das vor Altersarmut schützt, ferner fachliches Mitspracherecht und ein Angebot an kostenlosen Fortbildungen. All dies wird die Integrationsarbeit in jeder Hinsicht nachhaltiger gestalten.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort. Gerne stehen wir Ihnen, wie wir schon zwei Mal geschrieben, für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Clemens Friedrich (Sprecher), Stephanie Krauch (Sprecherin),  
Svetlana Poljakova (Sprecherin), Almut Frisch (AG-Koordinatorin)